

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreispaltige Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 116.

Donnerstag, den 1. Oktober

1896.

### Bekanntmachung.

Montag, den 12. Oktober d. J. 3. Vormittags 9 Uhr

findet im hiesigen Verhandlungslokal öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung ist aus dem Aufschlage in hiesiger Hausflur zu ersehen. Meißen, am 28. September 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Schroeter.

### Tagesgeschichte.

Aus Rominten wird vom 28. d. M. gemeldet: Der Kaiser wohnte gestern dem Gottesdienste in der Hubertuskapelle mit Umgebung bei; die Offiziere, Unteroffiziere und Ehrenkompagnien waren zum Gottesdienste befohlen. Seine Majestät hatte befohlen, daß der Gottesdienst wie gewöhnlich ohne Rücksicht auf seine Anwesenheit abgehalten sei. Deshalb trat ein gemischter Sängerkor nicht in Thätigkeit. Die liturgischen Gesänge wurden vom Schülerchor des Ortes ausgeführt. Der Pfarer Wangnick hielt die Predigt. Nachmittags unternahm der Kaiser bei prächtigem Wetter eine Spazierfahrt. Die bisherige Jagdbeute betrug 4 Hirsche.

Der deutsche Kaiser hat nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ der Wittwe und der unverheirateten Tochter Heinrich v. Treitschke's eine namhafte außerordentliche Pension verliehen. Die Anerkennung, die dadurch den Verdiensten des Bewerbers zu Theil wird, wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes lebhaften Dank hervorrufen. Heinrich v. Treitschke hat mit Schrift und Wort das Seine reichlich gethan, um den deutschen Beruf der Hohenzollern und die Verdienste Preussens um Deutschland in Bewußtsein des deutschen Volkes zur Geltung zu bringen. Der Dank, der ihm nach seinem Tode in so großherziger Weise zu Theil wird, ehrt ihn und den Kaiserlichen Spender in gleichem Maße.

Zum unlauteren Wettbewerb. Ein Berliner Kaufmann hatte in einer Anzeige, die mit der Ueberschrift „Streik in Sicht“ begann und mit einer Aufzählung seiner „vorzüglichen Schuhe“ schloß, seinen Stiefeln nachgerühmt, daß sie vom „bestem Leder, geschmackvollster Ausführung, raffiniertester, elegantester Ausstattung und vornehmster Geschmacksrichtung“ wären und doch nur 4,50 bezw. 5 Mk. kosteten. Ein Käufer aus der Provinz kaufte, sah sich nicht um und verlangte die Zurücknahme der Stiefeln, an denen er anzusehen hatte, daß sie keineswegs vom feinsten Leder, daß der sogen. Gummizug der Elastizität entbehrte, das Leder gespalten und die Abnäse mit Drahtstiften versehen gewesen wären. Der Kaufmann sträubte sich; eine Klage wegen Betruges war die Folge. Der Staatsanwalt erklärte die Grenzen der zulässigen Reklame für überschritten. Diese „bombastischen Annoncen“ seien vorzugsweise für die Provinzen zugeschnitten und darauf berechnet, Gimpel auf den Leim zu locken. Er beantragte 4 Wochen Gefängnis und 1000 Mk. Geldbuße oder noch 100 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof war derselben Ansicht, wie der Staatsanwalt. Der Richtung des Geschäftslebens, welche in dieser Weise auf den Gimpelzug ausgehe, müsse ein energischer Damm entgegengeföhrt werden. Sie unterhalte im Inlande wie im Auslande den Ruf des soliden Geschäfts. Der Angeklagte wurde zu 500 Mk. Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Berlin. Zu der Konfektionsbranche wird für das kommende Frühjahr eine neue Lohnbewegung vorbereitet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektionsbranche erklärten in einer kürzlich stattgehabten Versammlung, daß, nachdem der erste Streik vollständig resultatlos verlaufen und der Schiedsspruch des Einigungsamtes nicht als verbindlich in Frage kommender Faktoren abgelehnt worden sei, von neuem mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten werden müsse. Es wurde beschlossen, die Lohnkommission mit der Ausarbeitung eines neuen, detaillirten Lohnkatalogs für die Herrenkonfektion zu beauftragen, von dem eine durchschnittliche Lohnhöhe von 25 Prozent zu Grunde gelegt werden soll. Dieser Tarif wird einer demnächst einzuberufenden Versammlung zur Aufnahme vorgeschlagen und soll die Basis der in Aussicht genommenen Lohnbewegung bilden.

In einer Professorenversammlung in Berlin hat der sozialdemokratische Führer Liebknecht dieser Tage zum erstenmal die Mehrheit befähigen, würden sie die Gesetze ändern. Im Falle sich dann die „Kreuzzeitung“ mit ihrem Angriff und dem Heer sich dem entgegenstellen wollte, dann

würde die Minderheit einfach außerhalb der Gesetze stehen und dementsprechend mit ihnen verfahren werden!“ — Dazu sagt die „Kreuzzeitung“: „Zu den vorzüglichen Liebknechts gehört, das hat er schon öfter durch allerlei markante Aussprüche bewiesen, eine gewisse, fast unvorsichtige Offenheit. Auch hier läßt er, im Gegensatz zu den sonst den Schleier möglichst dicht ziehenden Genossen, einen wenn auch nur kleinen, so doch klaren Blick in den vom Sozialismus beherrschten Staat der Zukunft thun: „Haben wir Sozialdemokraten die Mehrheit, so wird jede Opposition als außerhalb der Gesetze stehend behandelt werden!“ Dürfte sich die Sozialdemokratie mit solchen Grundsätzen darüber beklagen, wenn der bestehende Staat dieselben auch auf sie anwenden würde! Daran haben wir freilich nie gezweifelt, daß die rücksichtslose Unterdrückung jeder anderen politischen und sozialen Auffassung zur Eigenart des „Zukunftstaates“ gehören wird, und zwar in solchem Maße, daß das frühere Sozialistengesetz, die schärfsten, blutigsten Polizeiverordnungen und die härtesten Sprüche der Gerichtshöfe gar nichts bedeuten.“

Die sozialdemokratische Agitation im Heere ist jüngst durch eine Reichsgerichtsentscheidung betroffen worden. Es handelte sich um die Vertheilung von Schmähschriften auf die Kriegserinnerungen von 1870/71 in den Kasernen der Soldaten. Die Urheber dieser Unbesonnenheiten waren gefast und den Gerichten überantwortet worden. Der Schuhmacher Vogt und der Maurer Volkardt zu Sondershausen sind deswegen auf Grund des § 112 des Strafgesetzbuches mit je vier Monaten Gefängnis bestraft worden. Die Entscheidung des Landgerichts Sondershausen ist auf die eingelegte Revision vom 24. d. M. vom Reichsgerichte bestätigt worden. Damit ist also auch von dem höchsten Gerichtshof die Rechtsverbindlichkeit des vom Minister von Bronsart verfügten Verbotes anerkannt worden.

Die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres 279,3 Millionen oder 17 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Von dem Mehr entfallen 12,1 Millionen auf die Zölle, 2,3 Mill. auf die Zuckerversteuer und 2 Millionen auf die Brauweinverbrauchsabgabe. Mit Ausnahme der Brauweinmaterialsteuer haben sämtliche Verbrauchssteuern Erhöhungen ihrer Erträge aufzuweisen. Von anderen Einnahmen ist zu vermerken, daß die Börsensteuer über 2 Mill. weniger, die Post- und Telegraphenverwaltung dagegen 4,4 und die Reichseisenbahnverwaltung 1,2 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres eingebracht haben.

Der bayerische Bauernbund ist vor einigen Tagen, wie es von Kennern längst vorausgesagt wurde, der süddeutschen Volkspartei in die Arme gefallen. Bei einer Versammlung, an der die Führer des Bauernbundes, Gsch, Wieland, Kleinert, Jech, Eisenberger u., auf Einladung des Herrn Niebling, Redakteurs des Münchener Organs der süddeutschen Volkspartei, theilhaftig waren, einigte man sich über die Gründung eines neuen „Bayerischen Bauern- und Bürgerbundes“ und stellte ein Programm fest, welches aus einem „freiwillig-politischen“, das heißt demokratischen, und einem „zeitgemäßen, wirtschaftlichen“, das heißt agrarischen Theile bestehen soll. Während des Oktoberfestes wird eine Delegirtenversammlung zur endgültigen Aufstellung des Programms zusammentreten. Die Franken und Schwaben haben sich an der Vereinbarung nicht theilhaftig. Die „Münchener Allg. Ztg.“ knüpft daran die Bemerkung: „Die Komit dieser Nachricht ist überwältigend. Die süddeutsche Volkspartei nimmt den Bauernbund unter ihre Fittiche, und dieser erhofft von ihr die Durchführung und Unterstützung einer agrarischen Interessenpolitik. Jedes weitere Wort müßte den Eindruck abschwächen.“

Die aus England eingehenden Berichte lassen keinen Zweifel daran, daß die lebhaften Bemühungen der dortigen leitenden Persönlichkeiten, den Aufenthalt des russischen Kaisers am englischen Hofe zu politischen Zwecken auszu-

nutzen, vollständig fehlgeschlagen sind. Der Czar war gut berathen, als er sich nur in Begleitung unpoltischer Hofmänner und Offiziere nach England begab. So ist es ihm ein Leichtes, alle Versuche, ihn zu politischen Besprechungen oder gar zu bestimmten politischen Abmachungen zu bewegen, kurzer Hand mit dem Hinweis auf die Abwesenheit seiner politischen Rathgeber zu vereiteln. Der Czar findet auch um so weniger Anlaß, aus seiner wohlberechneten Zurückhaltung während seines Besuches bei der Königin-Großmutter herauszutreten, als sich die allgemeine Lage in der Türkei inzwischen wesentlich gebessert hat. Die Anruhen in der türkischen Hauptstadt haben sich nicht wiederholt und dürften sich nicht so bald erneuern. Es liegt also für Rußland kein Grund vor, von den in Wien und Breslau getroffenen Abmachungen abzugehen und die ohnehin recht schwankende und schwache Brücke einer Verständigung mit der englischen Regierung zu betreten. In Downing Street scheint man denn auch nachgerade eingesehen zu haben, daß die Hoffnung auf eine Sonderverständigung mit Rußland trügerisch gewesen ist. Man bemüht sich dort nunmehr, wieder den vollständigen Anschluß an die anderen Großmächte zu gewinnen, denen es natürlich nur willkommen sein kann, wenn die englische Regierung ihre bedenklichen Absonderungsgelüste thatsächlich und vollständig aufgeben wollte. Nur bei einem völlig einigen und von allen Nebenabsichten freien Vorgehen aller Großmächte in Konstantinopel ist ein schneller Erfolg der dortigen Reformbestrebungen in Bezug auf die Lage der christlichen Bevölkerung zu erwarten. Je entschiedener und unzweideutiger sich diese Einigkeit dort geltend machen würde, desto eher würde sich der Sultan entschließen, das Erforderliche zu bewilligen und durchzuführen. So lange er die Großmächte selbst untereinander uneinig wußte, hat er mit einiger Aussicht auf Erfolg die Politik der Hinhaltung und Zweideutigkeit üben können.

In einem Konstantinopler Bericht eines ausländischen Blattes war behauptet, daß während der letzten Reise die deutschen Vertreter im Gegensatz zu den Vorkämpfern der übrigen Mächte ihre Thore verschlossen gehalten und nicht einen einzigen Armenier gerettet hätten, obgleich unmittelbar vor dem Thorgitter der deutschen Botschaft hilflose Flüchtlinge hingeschlachtet worden seien. Wie die „N. N. Ztg.“ hört, beruhen diese Angaben auf Unkenntniß der Thatsachen. In der kaiserlichen Botschaft sind in jener Zeit ungefähr dreißig armenische Flüchtlinge, worunter ein Geistlicher und sonst meist Frauen, Kinder und junge Leute, aufgenommen und beschützt worden. Daß in der deutschen Botschaft nicht noch mehr Armenier Schutz suchten, erklärt sich daraus, daß sie in einem fast ausschließlich türkischen Häuserviertel liegt, in das sich die bedrohten Armenier in jenen Tagen möglichst wenig hineinwagten. In der weiteren Umgebung der Botschaft ist denn auch nicht ein einziger Armenier getödtet worden.

### Vaterländisches.

Der am Sonntag in Charandt abgehaltene 20. Verbandstag des Bezirksfeuerwehverbands für Dresden und Umgegend hatte zahlreiche Angehörige der Verbandswehren nach dort geführt. Die Stadt hatte vielfach Festschmuck angelegt. Die Verhandlungen begannen nach 11 Uhr Vormittags im „Albert-Salon“, wo sich der vollzählige Verbandsausschuß, Vertreter der Stadt mit Herrn Bürgermeister Dr. Biehahn an der Spitze, sowie eine stattliche Anzahl von Feuerwehren eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Raumann-Charandt, gedachte nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes vor Allem des Protectors der sächsischen Feuerwehren, Seiner Majestät des Königs. Die Ansprache klang aus in einem Hoch auf Seine Majestät, an das sich der Gesang der Sachsenhymne angeschlossen. Die Anregung, ein Telegramm an Seine Majestät abzusenden, fand allseitig freudige Zustimmung. Des Weiteren hieß Bürgermeister Dr. Biehahn im Namen der Stadt die Gäste herzlich willkommen, worauf der Kreisdirector Dejer-Gölln der Stadtverwaltung Dank für die freundliche